Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Sommersession des Nationalrates:

Die neue Weltordnung erfordert Pragmatismus

Thürnen, 23. Juni 2025

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Eine neue Weltordnung kündigt sich an: In den vergangenen Jahrzehnten haben wir uns an die Globalisierung sowie die Beseitigung von Grenzen und Handelsschranken gewöhnt. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine und der Ankündigung von US-Präsident Trump, die ganze Welt mit Zöllen zu überziehen, erscheint die Zeit des Freihandels definitiv auf Eis gelegt. Bundesrat und Parlament sind gefordert, mit angemessenen Reaktionen die negativen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft zu begrenzen. Die Sommersession stand ganz in diesem Zeichen und wir lieferten erste Antworten.

Turbulenzen bei den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen (25.3552)
Für die Schweiz sind gute Beziehungen zu ihren Handelspartnern unverzichtbar (siehe auch Motion 24.4512). Über eine Interpellation wollte die FDP-Fraktion vom Bundesrat wissen, wie er die von den USA angekündigten Zölle verhindern und wie er die von der Regierung Trump ausgehende Verunsicherung für die Schweizer Wirtschaft abdämpfen will. In seiner Antwort auf die Motion 24.4512 verweist der Bundesrat auf das Ende Mai verabschiedete Verhandlungsmandat. Die Verhandlungen zielen darauf ab, die angedrohten Zusatzzölle zu verhindern. Gleichzeitig dürfen aber die Verhandlungen mit den USA den bestehenden bilateralen Abkommen mit der EU und deren Weiterentwicklung sowie den Freihandelsabkommen mit anderen Staaten nicht bremsen. Die Schweiz ist darauf angewiesen, gerade in solch schwierigen Zeiten, alle Optionen offen zu halten. Wir werden die Entwicklung in den kommenden Monaten genau beobachten.

Armeebotschaft 2025 (25.025)

Der Nationalrat hat ein Militärbudget von 1,69 Milliarden Franken für das Jahr 2025 genehmigt, wovon 1,5 Milliarden für die Rüstung vorgesehen sind. Dieser Beschluss steht im Einklang mit dem Ziel des Parlaments, bis 2032 ein Prozent des BIP für die Armee bereitzustellen. Wir haben zu Recht betont, dass es angesichts der aktuellen geopolitischen Herausforderungen notwendig ist, unsere Durchhaltefähigkeit zu erhöhen. Die Neutralität der Schweiz ist nur mit einer abschreckenden Verteidigung glaubwürdig. Bedauerlicherweise wurde der Antrag unseres Nationalrats Heinz Theiler auf eine zusätzliche Milliarde für Munition mit 97 zu 77 Stimmen abgelehnt, wodurch die Wirksamkeit unserer künftigen Systeme eingeschränkt wird. Das ganze

ist deshalb so ernüchternd, weil NATO Staaten zwischen 2 und 5 Prozent des BIP anstreben – also eine Grössenordnung, die weit über dem liegt, was wir vorhaben.

200 Franken sind genug! (24.060)

Die Volksinitiative «200 Franken sind genug!» will die Serafe-Gebühr für Radio und Fernsehen für Haushalte von heute 335 auf 200 Franken reduzieren und alle Unternehmen von der Abgabepflicht befreien. Ich bin aus Überzeugung Mitglied des Initiativkomitees. Die Debatte im Nationalrat zog sich über Tage hin. 76 Redner äusserten sich teils sehr emotional.

Der Gegenvorschlag des Bundesrates sieht eine Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV) und damit eine schrittweise Reduktion der Gebühren für private Haushalte von 335 auf 300 Franken pro Jahr vor. KMU mit einem Umsatz von weniger als 1,2 Millionen sollen ganz von der Gebühr befreit werden.

Ich bedaure, dass in der Kommission für Verkehr- und Fernmeldewesen (KVF-N) kein Gegenvorschlag zustande gekommen ist, den das Parlament hätte beraten können. Eine Mehrheit der FDP-Fraktion spricht sich für den vom Bundesrat vorgeschlagenen Verordnungsweg aus. Nur in der Frage der Entlastung der Unternehmen sind wir uns einig: sie ist unzureichend.

Für mich ist klar: Die Serafe-Gebühr hat auf den Zusammenhalt des Landes wohl einen eher geringen Einfluss. Wenn man sich die Zahlen anschaut, muss man sagen, die SRG ist überfinanziert: Allein im Tessin beschäftigt die SRG über 1140 Personen. Stossend ist doch auch, dass die SRG sich viel zu wenig am Kunden orientiert. Wer UKW-Sender abschaltet und dabei zwei Drittel der Radiohörer verliert, braucht auch nicht mehr so viel Mittel. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass eine Reduktion auf 200 Franken pro Jahr für die Medienunternehmen verkraftbar wäre. Dies würde ausserdem auch den privaten Medien zu Gute kommen – denn die SRG müsste sich beschränken und damit Raum für neue Angebote schaffen. Nun wird sich der Ständerat damit beschäftigen

13. AHV-Rente: Ständeratsentscheid ist für die FDP ein No-Go (24.073)

Mitte-links entscheidet sich für eine massive Mehrbelastung des Mittelstands: nicht nur höhere Mehrwertsteuern, sondern auch mehr Lohnbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollen dafür genutzt werden, einen rücksichtslosen Ausbau der AHV zu finanzieren. Als Teil der Finanzierung der 13. AHV-Rente hat die Allianz der Giesskannenverteiler auch die Mitte-Initiative zur Plafondsaufhebung bereits vorfinanziert – über die noch gar nicht abstimmt wurde. Nachdem bereits eine Mehrheit aus Mitte, SP und Grünen in der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit sich für diesen Vorschlag entschieden hat, ziehen die gleichen Farben im Ständerat nach. Die FDP wird in der Schwesterkommission und im Nationalrat weiter gegen die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung ankämpfen. Ein Ausbau der Sozialleistungen, für den mit immer mehr Steuern und Abgaben bezahlt wird, ist inakzeptabel.

Verlustverrechnung von sieben auf neu zehn Jahre ausgedehnt (24.091)

Mit der Annahme der Motion 21.3001 beauftragte das Parlament den Bundesrat, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um die Verlustverrechnungsperiode für Unternehmen von heute sieben auf neu zehn Jahre auszudehnen. In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheiten und globaler Herausforderungen ist es essenziell, dass unsere Unternehmen die Möglichkeit haben, Verluste aus schlechten Jahren mit zukünftigen Gewinnen zu verrechnen. Unsere Partei hat wiederholt die Erstreckung der Verlustverrechnung gefordert. Zahlreiche Staaten, auch unsere Nachbarn, kennen sogar eine zeitlich unbefristete Möglichkeit zur Verlustverrechnung. Diese Praxis hilft insbesondere Startups und Unternehmen in Krisenzeiten, wie wir sie beispielsweise während der Corona-Pandemie erlebten, ihre Liquidität zu erhalten und ihr Fortbestehen zu sichern.

Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt diese Vorlage vollumfänglich und ist überzeugt, dass sie einen wichtigen Beitrag zur Stabilität unserer Unternehmen leisten wird. Mit 127 zu 64 Stimmen sagte eine deutliche Mehrheit Ja zu dieser Änderung im Gesetz über die direkte Bundessteuer. Die Vorlage geht nun in den Ständerat.

Gesamtarbeitsverträge (24.096, 24.097)

Sollen vom Stimmvolk angenommene kantonale Mindestlöhne oder zwischen Sozialpartnern ausgehandelte allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge höher gewichtet werden? Dies war eine der heissen Fragen in Bundesbern während der Sommersession.

Die Parlamentarier fuhren scharfes verbales Geschütz auf. Von der linken Seite hörte man polemische Schlagwörter wie «Ausbeutung» und «Armut». Gar von einem «parlamentarischen Putsch gegen die Lohnabhängigen» war die Rede. Doch es nützte alles nichts. Der Nationalrat entschied deutlich, dass allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge Vorrang haben sollen. Das ist wichtig und richtig. Denn mit dieser Gesetzesänderung wird die Rechtsunsicherheit behoben und die bewährte Sozialpartnerschaft, die durch kantonale Gesetze zu erodieren droht, gestärkt.

Die geplante Gesetzesänderung kommt nun in den Ständerat, der allem Anschein nach auch zugunsten allgemeinverbindlicher Gesamtarbeitsverträge entscheiden wird. Kommt es so weit, ist mit einem Referendum zu rechnen. Die emotionale Debatte wird uns noch lange beschäftigen.

Nachbesserung im EU-Migrations- und Asylpakt nötig (25.037)

Der EU-Migrations- und Asylpakt sieht vor, dass sich die Schweiz als assoziierter Staat an fünf der sechs Verordnungen beteiligt: Asyl- und Migrationsmanagement (AMMR), Krisenverordnung, Grenz- und Rückführungsverfahren, Eurodac sowie Überprüfungsverordnung. Dazu muss das Parlament den Notenaustausch mit der EU genehmigen und entsprechende Anpassungen im Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) sowie im Asylgesetz beschließen. Ziel ist es, das System bei steigendem Migrationsdruck krisenresistenter zu machen, die Verantwortung innerhalb Europas gleichmäßiger zu verteilen und irreguläre Migration wirksam einzudämmen. Beim Bundesbeschluss 1 enthielt sich die FDP-Fraktion grösstenteils, was zur Ablehnung des Entwurfs im Nationalrat führte. Die Fraktion argumentierte, eine Teilnahme am

Solidaritätsmechanismus müsse freiwillig bleiben und dürfe nur über finanzielle Beiträge erfolgen. Diese Beiträge sollen haushaltneutral aus den bereits zugesagten Kohäsionsmitteln von einer Milliarde Franken stammen, ohne zusätzliche Bundesgelder. Da der Bundesrat das Resettlement-Programm bereits um zwei Jahre verlängert hat, sei ein weiteres «Resettlement» innerhalb der EU nicht nötig. Die vorhandenen Kohäsionszahlungen könnten stattdessen direkt für den Solidaritätsmechanismus verwendet werden, ohne dass das Parlament über neue Mittel entscheiden müsste. Ganz wichtig ist dabei, dass Solidaritätsmassnahmen nur dann geleistet werden, wenn die betreffenden Staaten sich strikt an das Dublin-Verfahren und ihre Rückübernahmeverpflichtungen halten, denn wir dürfen keine finanziellen Leistungen an Länder entrichten, die diese Regeln nicht einhalten. Die konkrete Ausgestaltung der freiwilligen, rein finanziellen Beteiligung liegt nun bei den zuständigen Kommissionen.

Es war eine intensive Session. Mit den Schlussabstimmungen vom letzten Freitag brachte das Parlament 19 Vorlagen unter Dach und Fach. Nun freue ich mich auf etwas Entspannung während der Sommerferien. Ihnen allen wünsche ich einen schönen Sommer, Musse und Spass im Kreise ihrer Lieben und bei den zahlreichen Veranstaltungen in unserer Region.

Herzlich,

Daniela Schneeberger

Daniela Schneeberger
Nationalrätin FDP BL

Kontakt:
daniela.schneeberger@parl.ch
www.danielaschneeberger.ch
www.parlament.ch